

Samet Yilmaz

# Zentralisierung politischer Macht am Beispiel türkischer Außenpolitik

## Eine Untersuchung von 2010 bis 2018



Samet Yilmaz  
Zentralisierung politischer Macht  
am Beispiel türkischer Außenpolitik



Samet Yilmaz

# **Zentralisierung politischer Macht am Beispiel türkischer Außenpolitik**

Eine Untersuchung von 2010 bis 2018

Tectum Verlag

Gefördert vom Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK)



Samet Yilmaz

Zentralisierung politischer Macht am Beispiel türkischer Außenpolitik  
Eine Untersuchung von 2010 bis 2018

Zugl.: Dissertation an der Philosophischen Fakultät  
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 2020

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021  
ePDF 978-3-8288-7604-0

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN  
978-3-8288-4551-0 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlaggestaltung: Tectum Verlag, unter Verwendung einer Fotografie  
der Hagia Sophia von Ahmet Polat | [www.pexels.com](http://www.pexels.com)

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet  
[www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte  
bibliografische Angaben sind im Internet über [http://dnb.d-  
nb.de](http://dnb.d-nb.de) abrufbar.

Für meine Eltern  
Aşur und Naciye Yilmaz



## Vorwort

Wer heute über die türkische Politik spricht, der kommt an der Figur des seit fast 18 Jahren regierenden Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und seiner Regierungspartei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi) nicht vorbei. Die AKP steht trotz vielfältiger innen- und außenpolitischer Herausforderungen nach wie vor an der Spitze der Türkei. Erdoğan's AKP und seine Machtbasis mussten eine Reihe von innen- und außenpolitischen Krisen überwinden, wie unter anderem die Proteste im Gezi-Park 2013, die Offensive gegen die PKK 2015, den Putschversuch 2016, den Einmarsch türkischer Truppen in Nordsyrien im August 2016 oder die Verfassungsänderung 2017 – dennoch spricht ein Großteil der türkischen Bevölkerung der AKP-Regierung ihr Vertrauen aus und wünscht sich nach wie vor einen starken Präsidenten. Eine Rolle, die Erdoğan nach wie vor auszufüllen vermag. Auch wenn sich im Jahr 2020 die Lage durch die Corona-Krise innenpolitisch noch einmal verschärft hat und die Pandemie die türkische Wirtschaft besonders hart trifft, geht Erdoğan's Strategie erneut auf: Der Wirtschaftskrise, einhergehend mit hoher Arbeitslosigkeit, hoher Inflation und massiver Auslandsverschuldung, wird mit einer aggressiven Außenpolitik begegnet. Der Streit mit Griechenland um Erdgasfelder im östlichen Mittelmeer ist ein gutes Beispiel dafür, dass die türkische Außenpolitik ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit gerückt wird, um von der Regierungsverantwortung und Fehlern in der Innenpolitik abzulenken. Als Mitglied der NATO nimmt die Türkei die Eskalation mit Nato-Partnern und der EU in Kauf und schreckt auch vor einer militärischen Konfrontation mit Verbündeten nicht zurück.

Wegen all dieser und vieler weiterer Herausforderungen in der türkischen Politik lautet die der Analyse zugrunde liegende zentrale Frage: *Inwieweit ist die türkische Außenpolitik unter Erdoğan bestimmt durch Notwendigkeiten innenpolitischer Machterhaltung?* Im Zusammenhang mit dieser Frage wird die türkische Außenpolitik von 2010



bis 2018 analysiert. Es geht vor allem darum, die Wechselwirkungen zwischen Innen- und Außenpolitik in der Ära Erdoğan zu untersuchen. Die Analyse setzt sowohl bei internationalen Interessendivergenzen als auch bei inneren Machtfaktoren an. Durch die Einbeziehung innenpolitischer Faktoren der Türkei können außenpolitische Krisen zwischen der Türkei und dem Westen besser erklärt werden. Durch die Analyse wird verständlich, dass Staatspräsident Erdoğan nicht immer das alleinige Problem der Türkei ist, sondern dass manche Konflikte in der Türkei historisch tief verankert und komplex sind. Es wird deutlich, dass es äußerst problematisch ist, komplexe Entscheidungsprozesse eines individuellen Akteurs auf die gesamte Gesellschaft zu übertragen.

Die vorliegende Analyse wurde im Sommersemester 2020 von der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertation angenommen. Ich danke meinen beiden Doktorvätern Professor Joachim Krause und Professor Luz Berger für die Betreuung meiner Promotionsarbeit. Dem Institut für Sicherheitspolitik Kiel (ISPK) danke ich für die freundliche finanzielle Unterstützung des Buchdrucks.

Kiel, im Oktober 2020

Samet Yilmaz

# Inhalt

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Tabellenverzeichnis	XV
Abbildungsverzeichnis	XVII
Zur Schreibweise und Aussprache des Türkischen	XVIII
<b>1 Einleitung</b>	<b>1</b>
1.1 Untersuchungsgegenstand	1
1.2 Fragestellung und Zielsetzung	10
1.3 Stand der Forschung	20
1.4 Forschungsdesign und Methodik	31
1.4.1 Prozessanalyse	31
1.4.2 Theoretische Grundlagen	37
1.5 Forschungshypothesen	57
1.6 Gang der Untersuchung	62
<b>2. Handlungskontext: Das politische System der Türkei</b>	<b>65</b>
2.1 Die Türkei in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie	66
2.2 Das Präsidialsystem „a la Turca“: die Verfassung nach dem Referendum 2017	80
2.3 Die Rolle des Staatspräsidenten – die Exekutive	95
2.4 Die Rolle des Parlaments – die Legislative	101
2.5 Die Rolle der Justiz – die Judikative	104
2.6 Der Nationale Sicherheitsrat	108
2.7 Das Außenministerium und der Rat für Außen- und Sicherheitspolitik	109

<b>3</b>	<b>Die Außenpolitik der AKP-Regierung</b>	<b>115</b>
3.1	Grundlagen der türkischen Außenpolitik von 2002–2010	120
3.2	Der Arabische Frühling und die türkische Außenpolitik von 2010–2015	126
3.3	Die türkische Außenpolitik von 2015–2018	135
3.4	Zwischenfazit	144
<b>4</b>	<b>Zentralisierung politischer Macht und konfrontative Außenpolitik</b>	<b>151</b>
4.1	Phase 1: Ende der Alleinherrschaft der AKP	160
4.1.1	Neuwahlen und der wieder aufgeflamnte Konflikt mit der PKK	169
4.1.2	Das Scheitern des Friedensprozesses mit den Kurden	170
4.1.3	Der Anschlag in Suruc und der Kampf gegen PKK und IS	174
4.1.4	Die Parlamentswahlen am 1. November 2015	183
4.1.5	Analyse	188
4.1.6	Zwischenfazit	199
4.2	Phase 2: Putschversuch und die Militäroffensive „Schutzschild Euphrat“	201
4.2.1	Der innenpolitische Machtkampf: Der gescheiterte Putsch am 15. Juli 2016	202
4.2.2	Zunahme der Sicherheitsbedrohung: Militärintervention in Syrien – Operation „Schutzschild Euphrat“	217
4.2.3	Analyse	223
4.2.4	Zwischenfazit	240

<b>4.3</b>	<b>Phase 3: Präsidentschaftswahlen und türkische Militäroffensive auf Afrin 2018 (Operation Olivenzweig)</b>	<b>241</b>
4.3.1	Das Verfassungsreferendum am 16. April 2017 und die Außenpolitik	243
4.3.2	Türkische Afrin-Offensive in Nordsyrien (Operation Olivenzweig)	254
4.3.3	Präsidentschaftswahlen im Juni 2018 und außenpolitische Implikationen	261
4.3.4	Analyse	266
4.3.5	Zwischenfazit	281
<b>5</b>	<b>Zusammenfassung der Ergebnisse</b>	<b>285</b>
<b>6</b>	<b>Schlussfolgerung und Ausblick</b>	<b>305</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>331</b>
	Monographien, Artikel und Sammelbände	331
	Internetquellen	351
	<b>Danksagung</b>	<b>369</b>
	<b>Anhang</b>	<b>371</b>



## Abkürzungsverzeichnis

Kurzform	Türkisch	Deutsch
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi	Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung
ANAP	Anavatan Partisi	Mutterlandspartei
BDP	Bariş ve Demokrasi Partisi	Partei des Friedens und der Demokratie
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi	Republikanische Volkspartei
D8	Gelişmekte olan sekiz ülke	Gruppe der acht Entwicklungsländer
DHKP-C	Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front
DİB	Diyanet İşleri Başkanlığı	Präsidium für Religiöse Angelegenheiten
EU	Avrupa Birliği	Europäische Union
FETÖ	Fethullahçı Terrör Örgütü	Fethullahistische Terrororganisation
HDP	Halkların Demokratik Partisi	Demokratische Partei der Völker
HSK	Hakimler ve Savcılar Kurulu	Richter und Staatsanwälterat, ist Teil der türkischen Gerichtsbarkeit
IS	Irak ve Şam İslam Devleti	Islamischer Staat
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi	Partei der Nationalistischen Bewegung
MIT	Milli İstihbarat Teşkilatı	Nationaler Nachrichtendienst

## Abkürzungsverzeichnis

---

NATO	NATO (Kuzey Atlantik Antlaşması Örgütü)	Nordatlantikpakt (North Atlantic Treaty Organization)
OSZE	Avrupa Güvenlik ve İşbirliği Teşkilatı	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKK	Partiya Kerkeran Kurdistan	Arbeiterpartei Kurdistans
PYD	Demokratik Birlik Partisi	Partei der demokratischen Union
RP	Refah Partisi	Wohlfahrtspartei
TAK	Kürdistan Özgürlük Şahinleri	Freiheitsfalken Kurdistan
TBMM	Türkiye Büyük Millet Meclisi	Große Nationalversammlung der Türkei
TSK	Türk Silahlı Kuvvetleri	Türkische Streitkräfte
TV	Türkiye Cumhuriyeti Anayasası	Türkische Verfassung
UN, VN	Birleşmiş Milletler	Vereinte Nationen
UNICEF	Birleşmiş Milletler Uluslararası Çocuklara Acil Yardım Fonu	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
USA	Amerika Birleşik Devletleri	Vereinigte Staaten von Amerika
YPG	Yekineyen Parastina Gel	Volkverteidigungseinheiten

# Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Die innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei in Bezug auf ihre Außenpolitik (AP)	18
Tabelle 2:	Subtypen defekter Demokratien nach Merkel	71
Tabelle 3:	Hybride Regime nach Friedbert Rüb	74
Tabelle 4:	Die wichtigsten Änderungen der Verfassung in Bezug auf die Konzentration der Macht auf den Staatspräsidenten	107
Tabelle 5:	Türkische Außenpolitik von 2002 bis 2010 zwischen „Null-Problem-Politik“ bis 2015 und „wertvolle Einsamkeit“ bis 2018	148
Tabelle 6:	Zuordnung der Hypothesenprüfung zu den Phasen 1 bis 3	159
Tabelle 7:	Wahlergebnisse von 2011 bis 2015 der wichtigsten Parteien	163
Tabelle 8:	Die wichtigsten Anschläge in der Türkei von Juli 2015 bis November 2015	186
Tabelle 9:	Positionen der wichtigsten türkischen Parteien in der Syrien-Frage	232
Tabelle 10:	Zusammenfassung der Ergebnisse	302





# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Darstellung von Wechselwirkungen zwischen Innen- und Außenpolitik	57
Abbildung 2:	BTI 2018 Country Report Turkey	77
Abbildung 3:	Abstimmungsergebnis nach Wahlkreisen	92
Abbildung 4:	Ausbau und Struktur der Exekutive im Präsidentsystem	97
Abbildung 5:	Sitzverteilung im Parlament, Legislaturperiode Juni 2018	102
Abbildung 6:	Das politische System der Türkei ab 2018 mit Bezug auf den türkischen Sicherheitsapparat	113
Abbildung 7:	Aufteilung der Analyse in den Phasen 1 bis 3	153
Abbildung 8:	Wahlen und Referenden von 2010 bis 2018 in der Türkei	157
Abbildung 9:	Das analytische Modell der Prozessanalyse	160
Abbildung 10:	Wahlergebnis nach Provinzen (Juni 2015)	167
Abbildung 11:	Die relevantesten Anschläge in der Türkei von 2015 bis Anfang 2016	175
Abbildung 12:	Anschläge des IS an der türkisch-syrischen Grenze im Juli 2015	182
Abbildung 13:	Wahlergebnis nach Provinzen (November 2015)	187
Abbildung 14:	Gegenüberstellung der Wahlergebnisse der AKP zu den Parlamentswahlen im Juni 2015 und November 2015	190
Abbildung 15:	Umfrage in der Türkei über die Lösung des Kurdenproblems	192
Abbildung 16:	Von CNN übertragene Ansprache Erdoğan in der Putschnacht am 15. Juli 2016	205
Abbildung 17:	Militäroffensive am 24. August 2016	221

Abbildung 18:	Ergebnisse der türkischen Militäroffensive im August 2017	222
Abbildung 19:	Putschisten besetzen die TRT-Zentrale	246
Abbildung 20:	Das Ergebnis des Referendums in ausgewählten Ländern	250
Abbildung 21:	Die beteiligten Akteure an der türkisch- syrischen Grenze zu Beginn des Jahres 2017	253
Abbildung 22:	Von der Türkei unterstützte Rebellen stoßen in Richtung Afrin vor	258
Abbildung 23:	Umfrage zur EU-Mitgliedschaft in der Türkei	271
Abbildung 24:	Die Türkei im Streit mit Europa	273
Abbildung 25:	Abstimmung zu den Parlamentswahlen im November 2015	274
Abbildung 26:	Staatspräsident Erdoğan mit Verteidigungs- minister Hulusi Akar beim Besuch türkischer Streitkräfte	282

## Zur Schreibweise und Aussprache des Türkischen

- C wie in „Dschungel“
- Ç wie in „Kutsche“
- ğ dient zur Dehnung von dunklen Vokalen, wird als „j“ ausgesprochen
- i „i“ ohne Punkt, kurzes sehr dumpfes „i“
- ş „sch“ im Deutschen, z. B. in „Schule“
- Z wie stimmhaftes „s“, wie z. B. in „Sonne“

# 1 Einleitung

## 1.1 Untersuchungsgegenstand

### Die Türkei auf dem Weg nach „Erdoğanistan“?

Demokratien sterben heute nicht abrupt, es ist vielmehr ein Prozess, so dass ihr Ableben als ein Auflösungsprozess wahrzunehmen ist.<sup>1</sup> So argumentieren die Harvard-Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt. Beide Autoren gehen in ihrem gleichnamigen Buch der Frage nach, „*Wie Demokratien sterben*“, und stellen fest, dass das Modell des plötzlichen Zusammenbruchs einer demokratischen Ordnung nicht mehr in die heutige Zeit passt.

Ein solch langsamer Auflösungsprozess ist in den letzten Jahren in der Türkei zu beobachten. Machterhalt und der Kampf gegen innere Feinde dominieren die politische Zielsetzung der Führungselite. Dafür werden unterschiedliche Instrumentarien benutzt, die insbesondere bei der Zentralisierung der Macht auf die Staatsspitze immer wieder Verwendung finden. Es stellt sich die Frage: Ist die Türkei auf dem Weg nach „*Erdoğanistan*“ und wenn ja, was macht die Machtpolitik des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan aus?

Aus Sicht seiner Wählerschaft hat der jetzige Staatspräsident einige politische Erfolge vorzuweisen. Seit seiner Wahl zum Ministerpräsidenten 2002 hat sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der türkischen Republik verdreifacht. Daneben wurden zahlreiche Großprojekte realisiert und die Infrastruktur in der Türkei verbessert.

---

<sup>1</sup> Vgl. Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel: *Wie Demokratien sterben*, München 2018.

Im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen hat Erdoğan stabile Regierungen bilden können. Seit der Staatsgründung der Türkei 1923 bis zur Regierungsbildung der AKP<sup>2</sup> 2002 hat es knapp 60 Regierungen mit unterschiedlicher Lebensdauer gegeben. Seit 2002 erhielt die AKP bei allen Parlaments- und Kommunalwahlen die meisten Stimmen und hat mit der 67. Regierungsbildung 2018 insgesamt acht Regierungen stellen können. Seit der Regierungsübernahme der AKP im Jahre 2002 erlebte die Türkei damit die stabilste Phase in der Innenpolitik, die es in der modernen Türkei bisher gab. In den 90er Jahren dagegen war die Türkei von inneren Auseinandersetzungen zwischen der kemalistischen CHP<sup>3</sup> und verschiedenen Koalitionspartnern gelähmt gewesen. Die Zentralisierung der Macht auf die Staatsspitze in der Türkei sollte im Sinne der AKP vor diesem Hintergrund Stabilität bewirken.

In den letzten 16 Jahren AKP-Regierung hat es in der Türkei aber auch tiefgreifende Veränderungen in den politischen Institutionen gegeben. Die auffälligsten sind die Verfassungsänderung vom April 2017, die sukzessive Entmachtung des türkischen Militärs mit dem 2008 aufgenommenen „*Ergenekon*“-Verfahren und der Aufstieg der islamisch-konservativen Partei AKP durch eine neue gesellschaftliche Elite, die Macht und Einfluss auf die Politik hat. Im Juni 2018 konnte Erdoğan ein lang angestrebtes Ziel, die Einführung des Präsidialsystems in der Türkei, erreichen. Sein neues Ziel ist es, sein Volk zum 100-jährigen Bestehen der türkischen Republik im Jahr 2023 in die „*Neue Türkei*“ zu führen.<sup>4</sup>

In den letzten Jahren hat Erdoğan feststellen müssen, dass seine islamisch-konservative Kernwählerschaft allein nicht mehr zur Absicherung seines Erbes und seiner politischen Macht ausreicht. Erdoğan hat mit der Wahl am 24. Juni 2018 erkannt, dass zwar rund 53 Prozent

---

2 Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), Kurzbezeichnung: AKP oder AK Parti, „AK“ bedeutet auf Türkisch auch weiß oder rein.

3 Cumhuriyet Halk Partisi, Republikanische Volkspartei.

4 Vgl. Yoldaş, Yunus/Gümüş, Burak/Gieler, Wolfgang: Die neue Türkei. Eine grundlegende Einführung in die Innen- und Außenpolitik unter Recep Tayyip Erdoğan, Frankfurt am Main 2015.

seiner Wählerinnen und Wähler für ihn stimmten und sein Rückhalt in der Bevölkerung stabil, aber letztendlich nicht überwältigend groß ist. Fast die Hälfte der wahlberechtigten Türken lehnte die Politik Erdoğan's und seiner AKP ab. Die knapp ausgegangene Parlamentswahl war ein gemeinsamer Erfolg der AKP und der nationalistischen Partei MHP<sup>5</sup> und fand gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen statt. Die AKP und die MHP bildeten gemeinsam zum zweiten Mal das Bündnis „Volksallianz“ (türkisch: *Cumhur İttifaki*). Mit diesem Wahlbündnis sollte der Einzug der MHP garantiert werden, die AKP dagegen sollte ihre bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 verlorene absolute Mehrheit kompensieren. Dafür musste Erdoğan seine islamisch-konservative Agenda jetzt auch im Interesse der nationalistischen MHP anpassen. Auch musste er seine politische Strategie ändern und fortan eine Synthese aus nationalistischen, islamistischen und islamisch-konservativen Inhalten propagieren. Der religiös aufgeladene Nationalismus ist Teil seiner politischen Strategie und auf dieser Grundlage versucht Erdoğan bis zum Jahr 2023 mit der „*Neuen Türkei*“ als sein Lebenswerk in die Geschichte der Türkei einzugehen. Mit den Wahlen am 24. Juni 2018 hat Erdoğan nun die absolute Macht und wird sich nach der gegenwärtigen Verfassung bis 2023 an der Macht halten. Die neue Verfassung bietet dem Staatspräsidenten umfangreiche Befugnisse, setzt zugleich auch Grenzen. Denn jetzt müssen Interessen weiterer gesellschaftlicher Kreise und Bündnispartner berücksichtigt werden.

Die Präsidentschaftswahl 2018 und die Verfassungsänderung haben Erdoğan die Umsetzung seiner strategischen Zielsetzung des Machterhalts ermöglicht und ihm die Gelegenheit gegeben, seine Machtpolitik zu legalisieren und zu institutionalisieren. Seit seiner Amtseinführung als erster exekutiver Staatspräsident hat Erdoğan zielstrebig seine Agenda, den Umbau des Staatsapparates, verfolgt. In diesem Zusammenhang geht es Erdoğan darum, mögliche Widersacher rechtzeitig auszuschalten, um zunächst seine eigene Position abzusichern,

---

5 Milliyetçi Hareket Partisi, Partei der Nationalen Bewegung.

aber auch die seiner politischen Nachfolger. Als solcher wird unter anderen sein Schwiegersohn Berat Albayrak, der derzeit als Finanzminister in der Regierung arbeitet, gehandelt.

Diese Zentralisierung der Macht auf Recep Tayyip Erdoğan markiert einen tiefen Einschnitt in der politischen Entwicklung in der Türkei. Die Entwicklung kam für aufmerksame Beobachter jedoch nicht überraschend, deuteten die zahlreichen Wahlerfolge der AKP in den Jahren 2007, 2011 und 2015 doch darauf hin. Sämtliche Parlamentswahlen, Kommunalwahlen, das Verfassungsreferendum sowie die Wahl zum Staatspräsidenten haben Erdoğan und die AKP für sich entscheiden können. Dieser Erfolg ist ein langfristiger Prozess gewesen, der mit Beginn der Regierungsverantwortung der AKP 2002 begonnen hat. Die AKP hat zu Beginn ihrer politischen Laufbahn konservative und religiöse Teile der Bevölkerung sowie die Kurden in das politische System integriert. Erfahrungen mit politischen Prozessen haben AKP-Politiker während der Militärputsche der Generäle in den 1960er, 70er und 80er Jahren sowie unter dem Verbot von 26 politischen Parteien sammeln können, als es darum ging, islamische Parteien und kurdische Akteure aus der Politik auszugrenzen.<sup>6</sup> Im Jahr 2008 war die AKP selbst dann nur knapp einem Verbot durch das Verfassungsgericht entgangen. Erdoğan's langfristiges Ziel ist es gewesen, im Namen der Demokratie seine Anhängerschaft, die konservative Mehrheit, gegen die Aufsicht der kemalistischen Elite zu mobilisieren. In seiner sechsjährigen politischen Laufbahn an der Spitze der AKP erreichte er dieses Ziel. Er sicherte sich die Gefolgschaft unterschiedlicher Bevölkerungsschichten über verschiedene Landesteile hinweg, und auch die Unterstützung von in Deutschland lebenden Türken.

Um seine Politik des Machterhalts zu legitimieren, demonstrierte Erdoğan während der Auseinandersetzungen um die Pläne für den Gezi-Park im Sommer 2013 erstmalig seine politische Macht. Um den Gezi-Park herum fanden heftige Auseinandersetzungen zwischen Poli-

---

6 Vgl. Günter, Seufert: Erdoğan's „Neue Türkei“. Die Restauration des autoritären Staates im Namen der Demokratie, SWP Aktuell, Oktober 2014.

zei und Demonstranten statt. Begründet wurden diese Maßnahmen und die Freiheitseinschränkungen im Sinne Erdoğan's meist mit der angeblichen Vormundschaft „ausländischer Mächte“ über die türkische Nation und ihre Regierung. In den darauffolgenden politischen Wahlen, der Wahl zum Staatspräsidenten im August 2014, den Parlamentswahlen im Juni 2015, dem Verfassungsreferendum 2017 und schließlich den Präsidentschaftswahlen 2018, nutzte Erdoğan wiederholt die Strategie, die türkische Gesellschaft durch einen extrem türkisch-nationalistischen, anti-kurdischen, anti-westlichen Kurs für sich zu gewinnen.

Welche strategische Zielsetzung verfolgt also Erdoğan und ist die Türkei auf dem Weg nach „Erdoğanistan“?<sup>7</sup> „Erdoğanistan“ meint die absolute Konzentration der Macht auf den Staatspräsidenten Erdoğan und beruht auf folgenden Faktoren:

Erstens versucht der Staatspräsident sein lang angestrebtes Präsidialsystem für die Zukunft abzusichern, um zweitens so die absolute Machtkonzentration zu legalisieren. Dafür bedient er sich eines charismatischen und populistischen Politikstils und verfolgt inhaltlich eine islamisch-konservative und nationalistische Politik. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive ist zu beobachten, dass der frühere Reformanspruch in den letzten Jahren einem repressiven Kurs gewichen ist, dessen innenpolitisches Ziel der eigene Machterhalt geworden ist. Die Wahl zum Staatspräsidenten war der letzte Schritt in einer Kette von grundlegenden Veränderungen in der türkischen Politik, die seit Erdoğan's Amtsantritt 2002 vollzogen worden sind.<sup>8</sup>

Für die Zentralisierung der Macht auf den Staatspräsidenten und letztendlich die Absicherung der politischen Macht musste die Führungselite auf unterschiedliche Mechanismen zurückgreifen. Mit der Verfassungsänderung im Juni 2018 hat Erdoğan seinen Zugriff auf den gesamten Staatsapparat legalisieren können. Von nun an werden die meisten politischen Entscheidungen im neuen Präsidialsys-

---

7 Vgl. Yılmaz, Ihsan/Bashirov, Galib: The AKP after 15 years: emergence of Erdoğanism in Turkey, in: Third World Quarterly, 2018, S. 1812–1830, S. 1813.

8 Vgl. ebd., S. 1814 f.



tem zentral aus dem Präsidialamt dirigiert. Für die Umsetzung der politischen Prozesse dienen die neu geschaffenen Präsidialräte mit den Ministerien und der Präsidialpalast sowie eine Vielzahl von Beratern um den Präsidenten Erdoğan. Das Innenministerium, der Nachrichtendienst (MIT)<sup>9</sup>, die Justiz (HSK)<sup>10</sup> und die Streitkräfte (TSK)<sup>11</sup> sind Institutionen, die für den Erhalt und die Absicherung der politischen Macht genutzt werden, wenn es darum geht, politische Gegner, Gefahren und Bedrohungen für die nationale Sicherheit der Türkei abzuwehren. Diese Mechanismen werden mit weiteren Methoden unterstützt, um die Bevölkerung zu mobilisieren, politisch Einfluss im In- und Ausland zu nehmen und das Regierungsnarrativ zu verbreiten. Zusätzlich wird in der Innenpolitik der gescheiterte Putschversuch vom 15.7.2016 als traumatisches Ereignis für die türkische Bevölkerung dargestellt, um dieses Ereignis als Gründungsmythos der „Neuen Türkei“ in den Köpfen der Menschen zu verewigen. So wird über Parteigrenzen hinweg die Gülen-Bewegung als Staatsfeind suggeriert, um die nationalistischen Gefühle und den Patriotismus in der gesamten Bevölkerung aufrechtzuhalten.

Die Zentralisierung der Macht hat Recep Tayyip Erdoğan sukzessiv durch den Umbau des Staatsapparates vorangebracht. Diese Transformation des politischen Systems hat jedoch dazu beigetragen, das Land zu destabilisieren. Die Machtkonzentration auf Erdoğan, die wirtschaftliche Krise, die soziale Polarisierung, der Kurdenkonflikt, der Krieg in Syrien, die teilweise Isolation in der internationalen Politik und schließlich die problematischen Außenbeziehungen der Türkei bestimmen die Politik des Landes.

Die Entwicklungen in der Innenpolitik haben auch Auswirkungen auf die Außenpolitik, insbesondere der Syrienkrieg und hier der Kampf gegen die PKK/PYD nehmen einen zentralen Platz ein. Außenpoliti-

---

9 Milli İstihbarat Teşkilatı

10 Hakimler ve Savcılar Kurulu (HSK). Der Richter- und Staatsanwälterat ist Teil der türkischen Gerichtsbarkeit. Mit der Verfassungsreform 2017 sind seine Kompetenzen eingeschränkt worden.

11 Türk Silahlı Kuvvetleri

sche Entscheidungen werden so im Kontext der Machterhaltung und unter einer Mischung aus inneren und äußeren Bedingungen getroffen. Außenpolitisch hat sich das Land seit dem Ausbruch des Arabischen Frühlings und insbesondere bezogen auf den syrischen Bürgerkrieg enorm schwergetan, klare Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu beziehen. Ohne Frage bleibt in diesem Zusammenhang die geopolitische sowie strategische Position der Türkei für die internationale Staatengemeinschaft aufgrund der Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten von besonderer Bedeutung. Ihre geostrategisch bedeutende Lage wird insbesondere in der Syrien-Politik deutlich.

In den letzten Jahren hat sich allerdings das Bild des Landes für viele in Europa, den USA und teilweise in den arabischen Ländern gewandelt. Aufgrund der neuen Machtbefugnisse des Präsidenten sehen die Kritiker das Ende der Demokratie in der Türkei heraufziehen. Es kann beobachtet werden, dass die geplante Verfassungsänderung den Weg in einen autoritären Staat ebnet. Das hat auch Auswirkungen auf außenpolitische Entscheidungsprozesse in der Türkei.

Auch für die Türkei ist der Syrienkrieg der zentrale Faktor für die verschiedensten Interessen im Nahen Osten. Somit spielt bei der Analyse der türkischen Außenpolitik das Interesse der Türkei in Syrien bzw. im Syrienkonflikt eine wichtige Rolle. Vordergründiges Interesse der Türkei ist die Unterdrückung jeglicher Autonomiebestrebungen der Kurden sowie die Absetzung von Präsident Bashar al-Assad. Somit dominieren der Syrienkonflikt, die Kurdenfrage in der Region sowie der Kampf gegen die PKK<sup>12</sup> in diesem Untersuchungszeitraum von 2010 bis 2018 die türkische Außenpolitik.<sup>13</sup> Hierbei geht es um den Kampf gegen die PKK in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen entlang der gesamten türkisch-syrischen Grenze. Nach wie vor ist die Türkei bestrebt, mit allen Mitteln die Entstehung eines kurdischen autonomen Gebietes unter Kontrolle der PKK zu verhin-

---

12 Partiya Karkeren Kurdistan, die Arbeiterpartei Kurdistans.

13 Wenn im Folgenden vereinzelt türkische Außenpolitik genannt wird, ist hierunter die Außen- und Sicherheitspolitik zu verstehen.

dern. Bezogen auf Syrien bedeutet dies den Kampf und die militärische Zerschlagung der PYD und der YPG als ihr militärischer Arm in Syrien.<sup>14</sup> In den politischen Aussagen der Führungselite an die türkische Bevölkerung, aber auch an die internationale Staatengemeinschaft ist die Gewährleistung der Sicherheit in den türkischen Grenzprovinzen von immenser Bedeutung. Dies ist aber nicht der einzige Aspekt. Die Aufwertung der PYD zu einem politischen Akteur durch die Kooperation mit der Anti-IS-Koalition ist für die Türkei nicht hinnehmbar. Der Kampf gegen die PKK/PYD und die Haltung der Türkei im Syrienkrieg stehen jedoch konträr zu den Interessen der NATO-Verbündeten und haben wesentlich zu einer Entfremdung der Türkei von ihren westlichen Partnern geführt. Den Grundstein für den erneuten Kampf gegen die PKK legte die türkische Offensive gegen die PKK im Juni 2015.<sup>15</sup> Um seine nationalistische Agenda zu legitimieren, kam es zu einer nationalistischen Wende in Erdoğan's Kurdenpolitik. Ziel war nicht mehr eine Verhandlungslösung mit den Kurden, sondern aus seiner Sicht nur noch der militärische Sieg über die PKK. Nur so wären aus Sicht der türkischen Regierung weitere Zugeständnisse und Gespräche mit der PKK möglich. Dazu zählen auch Gespräche mit dem seit über 20 Jahren inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan, der seit Januar 2019 nach über zwei Jahren wieder Familienbesuch auf der Gefängnisinsel Imrali empfangen darf.<sup>16</sup>

Außenpolitische Differenzen und Konfrontationen, insbesondere mit den strategischen Verbündeten aus NATO und EU, kommen dem Staatspräsidenten Erdoğan innenpolitisch zugute. Trotz der immer

---

14 Die YPG (Yekineyen Parastina Gel / Volksverteidigungseinheiten sind der militärische Arm des syrischen PKK-Ablegers PYD / Partiya Yekitiya Demokrat / Partei der demokratischen Union.

15 Vgl. Yilmaz, Samet: Die Terrororganisationen PKK und IS in der Türkei: Warum die Gewalt wieder eskaliert, Jahrbuch Terrorismus, Band 7, 2015/2016, S. 179–201.

16 Vgl. o. A.: Erstmals seit zwei Jahren Familienbesuch für Öcalan, in: Spiegel online, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/abdullah-oecalan-inhaftierter-pkk-chef-darf-nach-zwei-jahren-besuch-empfangen-a-1111890.html> (zuletzt abgerufen am 11.2.2019).

wieder auftretenden Konflikte mit der NATO wird die NATO-Mitgliedschaft nicht ernsthaft in Frage gestellt. Der Türkei sind die Vorteile einer Mitgliedschaft bewusst und auch Russland könnte die politischen Kosten eines Austritts nicht ernsthaft auffangen.<sup>17</sup>

Ein innenpolitisches gern genutztes Thema ist der EU-Beitritt. Dieser bleibt zwar offizielles Ziel der türkischen Führungselite, aber diese macht sich hinsichtlich der Chancen auf eine EU-Vollmitgliedschaft keine Hoffnungen mehr. Denn ernsthafte pro-europäische Reformen würden dem Machterhalt im Inneren und dem Kurs von Erdoğan zuwiderlaufen. Der gescheiterte EU-Beitrittsprozess spielt somit Erdoğan in die Hände, vor allem, wenn es darum geht, dass die EU neben der NATO immer wieder gern für die innenpolitische Mobilisierung herangezogen wird, insbesondere beim Zuspruch für anti-westliche Positionen in der türkischen Politik und in der Bevölkerung.<sup>18</sup>

Um ihre eigenen Sicherheitsinteressen wahren zu können, geht die Türkei bewusst Konfrontationen mit westlichen Bündnispartnern ein. Dabei scheut sie nicht die Risiken und politischen Kosten, die entstehen können, und auch der Einsatz von militärischen Mitteln ist nicht abwegig, insbesondere wenn der Anspruch als Regionalmacht und Schutzmacht für die Sunniten aufrechterhalten werden soll. Letzteres beschränkt sich jedoch eher auf politische Gesten und wird auch gern für die innenpolitische Legitimation genutzt. In Bezug auf Syrien hat die Türkei mit der Unterstützung Russlands für die syrische Regierung ihren Kurs pragmatischer ausrichten müssen und eingesehen, dass die Ablösung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad nicht mehr zu erreichen ist. Die Türkei festigte in Syrien ihre langfristigen Einflussmöglichkeiten in den Gebieten der Operationen Schutzschild Euphrat und Olivenzweig in Nordsyrien. So gelang es der Türkei Strukturen zu etablieren, die dazu geeignet sind, ihren Einfluss auf die Politik

---

17 Vgl. Thumann, Michael: Abschied von Europa. Erdoğan's Politik zum Trotz: Ein Abbruch der Beitrittsgespräche wäre falsch, in: Internationale Politik, März/April 2017, S. 71–75.

18 Vgl. Güsten, Susanne: Pfeiler unter Stress, in: Internationale Politik, September/Oktober 2019, S. 96–99, S. 97 f.

und den Sicherheitsapparat in Nordsyrien zu sichern. Ein zentraler Faktor blieb dabei die Kooperation mit Russland und die endgültige politische Realisierung der Verhandlungen von Sotchi und Astana. Der Syrienkrieg hatte unmittelbare Auswirkungen auf außenpolitische Entscheidungsprozesse, die in Kapitel 4 untersucht werden.

## 1.2 Fragestellung und Zielsetzung

Die Entwicklung der türkischen Demokratie war nie linear, sie hat seit ihrer Gründungszeit Defizite und diese sind historisch gewachsen. Deshalb führte das von Erdoğan eingeführte Präsidialsystem nicht wirklich zu einer Transformation des politischen Systems in Richtung Demokratie. Vielmehr wurde durch die Etablierung von autoritären Strukturen im Herrschaftssystem die politische Macht im Inneren gesichert. Dieses Defizit in der türkischen Demokratie sollte vor allem zur Konsolidierung und Erweiterung der Macht von Erdoğan und seiner AKP dienen.

In der Politikwissenschaft sind die Wechselbeziehungen zwischen Innen- und Außenpolitik von Staaten ein wichtiges Thema. Eine analytische Trennung der beiden Bereiche führt zu einseitigen Betrachtungen und damit zu vermeidbaren Fehlschlüssen.<sup>19</sup> Am Beispiel der Analyse türkischer Innen- und Außenpolitik wird gezeigt, dass die Wechselbeziehung von Innen- und Außenpolitik ein wichtiges Thema der Politikwissenschaft ist und dass Innen- und Außenpolitik in der Gegenwart nicht mehr so leicht trennscharf voneinander abzugrenzen ist. Um die Wechselwirkungen zwischen Innen- und Außenpolitik in der Ära Erdogan zu analysieren, wird neben internationalen Interessendivergenzen auch bei inneren Machtfaktoren angesetzt. Durch die Einbeziehung der innenpolitischen Faktoren der Türkei

---

<sup>19</sup> Vgl. Wilhelm, Andreas: Außenpolitik. Grundlagen, Strukturen und Prozesse, Oldenbourg 2006, S. 91.

können außenpolitische Krisen zwischen der Türkei und dem Westen besser erklärt werden.

Die vorliegende Forschungsarbeit verortet sich in diesem Bereich der politischen Analyse.

Grundsätzlich ist das politische Überleben sowohl für demokratische als auch für autokratische Regime von immenser Bedeutung. Am Beispiel der Türkei, die starke Tendenzen zu einem autoritären Regime aufweist, lässt sich aufzeigen, dass Innen- und Außenpolitik untrennbar miteinander verbunden sind. Interne Machtkonsolidierung ist für die AKP-Regierung erforderlich, um Stabilität im Inland und Legitimität in der Bevölkerung zu erreichen. Dabei spielt in autoritären Systemen die Verquickung von Macht und materiellem Wohlstand sowie der politischen Freiheit eine besondere Rolle, bedeutet ein Machtverlust doch den gleichzeitigen Verlust der anderen. Diese Verquickung zeigt sich am Beispiel der Türkei insbesondere dann, wenn die Macht der Führungsspitze in Frage gestellt wird.

Im Zusammenhang mit der Machtkonzentration auf den Staatspräsidenten Erdoğan ist festzustellen, dass innenpolitische Faktoren Einfluss auf das außenpolitische Verhalten haben können. Probleme in der Innenpolitik, wie beispielsweise die Entmachtung des Parlaments, Einschränkung der Medienfreiheit, Politisierung der Religion, Korruption oder Klientelismus haben Auswirkungen auf das außenpolitische Verhalten. In diesem Zusammenhang geht die Arbeit der folgenden zentralen Frage nach:

*Inwieweit ist die türkische Außenpolitik unter Erdoğan bestimmt durch Notwendigkeiten innenpolitischer Machterhaltung?*

Eine Vielzahl von innenpolitischen Krisen prägten im Untersuchungszeitraum von 2010 bis 2018 die Türkei. Nicht alle Krisen hatten direkte Auswirkungen auf die Außenpolitik bzw. auf Entscheidungsprozesse. Auch wenn die politische Krise in Syrien die außenpolitische Agenda der Türkei beherrschte und Syrien ein integraler Bestandteil sowohl